Arbeitshilfe: Musterantrag

Arbeitshilfe zum Muster 1a zu den VV zu Art. 44 BayHO (VV Nr. 14.4.1 zu Art. 44 BayHO)
https://formularserver.bayern.de/intelliform/forms/stmi+regierungen/rob/z/z/rob_z1-023/index

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

1. Antragsteller

Bei Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften sind auf gesondertem Blatt die Mitglieder und der Umfang ihrer Beteiligung anzugeben. Die Übersicht nach Muster 2 ist ggf. für alle beteiligten Gemeinden beizufügen.

☐ Stadt	☐ Markt	☐ Gemeinde	☐ Verwaltungsgemeinschaft
☐ Landkreis	☐ Bezirk	☐ Zweck- oder Schulverband	☐ Sonstige

Name		Landkreis	
Straße, Hausnummer		Postleitzahl	Ort
Auskunft erteilt			
Telefon		E-Mail	
Region	Gemeindekennziffer	Hinweis: Gemeindekennziffer nach dem systematischen Schlüsselverzeichnis (ohne Kennziffer für das Land) des Statistischen Landesamts	

Hinweise

Die Angaben zum Antragssteller sind wie angegeben auszufüllen. Die Auskunft erteilende Person sollte möglichst über den gesamten Prozess an der Einrichtung der Mobilitätsstationen (Konzeption bis Bau und Unterhaltung) beteiligt sein.

2. Maßnahme

(möglichst kurze, aber eindeutige Beschreibung samt geplantem Beginn und Ende der Maßnahme)

Hinweise

Im Antragsformular sollte die Beschreibung der Maßnahme, d. h. der Mobilitätsstation, möglichst knapp ausfallen. Mit Hilfe eines Verweises auf Anlagen (vgl. Punkt 12) sollte auf die der Maßnahme zu Grunde liegenden Vorbereitungen hinsichtlich Konzeption und Planung verwiesen werden. Für den Anhang können folgende Unterlagen in Betracht kommen, wenn sie in der Kommune vorliegen:

- ✓ Städtebauliche Entwicklungskonzepte und -studien oder vergleichbares
- ✓ Mobilitätskonzepte, Verkehrsgutachten oder vergleichbares
- ✓ Nahverkehrspläne
- ✓ Kommunale oder regionale Gesamtkonzeptionen zu ÖPNV-Haltepunkten/ Mobilitätsstationen
- ✓ Konkrete Stationssteckbriefe als Detailübersicht der Mobilitätsstation entsprechend diesem Leitfaden inkl. Dimensionierungs- und Kalkulationstabelle

3. Gesamtkosten

Hinweis

Wenn der Antragsteller für diese Vorhaben zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, sind hier die Ausgaben **ohne Umsatzsteuer** anzugeben. Bei Baumaßnahmen ist eine **Kostengliederung** stets und bei Untersuchungen, Planungen und Beschaffungen dann beizugeben, wenn es von der Bewilligungsbehörde für erforderlich gehalten wird.

<input type="text"/>	◀ Gesamtausgaben – gegebenenfalls lt. beiliegender Kostengliederung
<input type="text"/>	◀ davon entfallen auf den zur Förderung beantragten Abschnitt (Angabe nur bei größeren, selbständig nutzbaren Planungs-, Untersuchungs- oder Durchführungs- (Bau)-abschnitten, auf die auch die Finanzierung (Nr. 6) abgestellt ist. Zeitliche Aufteilung und damit Finanzierungsabschnitte ergeben sich aus Nr. 7).
<input type="text"/>	◀ Von den der Finanzierung zugrunde gelegten Kosten (Nr. 6) sind zuwendungsfähig

4. Hiermit werden folgende Zuwendungen beantragt zu den

Gesamtkosten Kosten des Abschnitts

Zuwendungsbereich	Zuweisung Euro	Darlehen Euro
Insgesamt		

Sonstige Zuwendungen (z. B. Schuldendiensthilfen)

5. Weitere Zuwendungen

Für die Maßnahme wurde bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt bzw. bewilligt
(bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem * zu kennzeichnen):

Zuwendungsbereich	Zuweisung Euro	Darlehen Euro
Insgesamt		

Sonstige Zuwendungen

6. Finanzierung

Zuwendungen laut Nr. 4

Euro

Zuwendungen laut Nr. 5

Euro

Zuwendungen von Kommunen
Zuwendungsgeber

Euro

Beiträge Dritter

Rechtsgrundlage (z. B. Art. 5 des Kommunalabgabengesetzes)

Euro

Darlehen mit Schuldendiensthilfe

Euro

Übrige Eigenmittel

Euro

Gesamtausgaben

Euro

7. Von den Ausgaben fallen voraussichtlich an (bzw. sind angefallen):

Zeitraum	Euro	davon zuwendungsfähig Euro
in den Vorjahren		
Im laufenden Jahr 20		
20		
20		
20 und folgende		

8. Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids bzw. vor der etwaigen Einwilligung in den vorzeitigen Vorhabenbeginn in Angriff genommen wird.

9. Der Antragsteller erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug

- berechtigt ist im Umfang
- nicht berechtigt ist

10. Der Antragsteller erklärt, dass er der Rechtsaufsichtsbehörde einen Abdruck des Antrags übermittelt hat, soweit diese nicht selbst Bewilligungsbehörde ist.

11. Der Antragsteller erteilt für dieses Vorhaben sein Einverständnis zur einfachen elektronischen Kommunikation via E-Mail (inklusive der Übermittlung von Bescheiden)

- Nein Ja, E-Mail Adresse
für Dokumentempfang

12. Ergänzende Angaben und gegebenenfalls Anlagenübersicht (soweit erforderlich, gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

Ort, Datum

Unterschrift

Dienstsiegel